

NOAM CHOMSKY

im Gespräch mit Emran Feroz

WESTEND

KAMPF ODER UNTERGANG!

Warum wir gegen
die Herren der Menschheit
aufstehen müssen

wird – eine Frage, die nach den jüngsten Massakern und Amokläufen in unserem Land regelmäßig auf den Titelseiten der hiesigen Medien behandelt wird. Doch nur wenige wissen, warum die Änderung damals eigentlich in Kraft getreten ist. Dabei sind die Gründe eigentlich ziemlich klar: Es war aufgrund des mörderischen Bestrebens, Sklaven zu kontrollieren und Indianer zu töten. Hinzu kam die Abwehr eines gefürchteten britischen Angriffs, da es so gut wie keine bereitstehende Armee gab. Dieser Umstand macht vor allem deutlich, dass der ursprüngliche Sinn jener Passage in der US-amerikanischen Verfassung und die damit verbundenen Absichten der Gründerväter in der gegenwärtigen modernen Welt ziemlich überholt sind. Dies sollten vor allem jene konservativen Originalisten, die sich weiterhin auf die Grundwerte der Verfassung berufen und diese in den Vordergrund stellen wollen, bedenken. Interessanterweise wurde die Entscheidung des rechten Vorsitzenden des Supreme Courts, John Roberts, dieses »heilige Recht« 2008 auszuweiten, von dem in weiten Kreisen respektierten Juristen Antonin Scalia verfasst, der sich stark auf den Originalismus beruft. Scalia zitierte dabei alle Arten obskurer Texte, aber es gelang ihm, alle Hauptmotive für eine Einschränkung des Rechts vollständig auszuklammern. Dasselbe gilt für die umfangreiche juristische Debatte über den 2. Verfassungszusatz, die sich auf die Bedeutung des einleitenden Satzes konzentriert: »Eine gut regulierte Miliz, die für die Sicherheit eines Freistaates notwendig ist«. Die umstrittene Frage ist also, ob die Änderung ein individuelles Recht verleiht, Waffen zu tragen, oder ob sie ein Milizkonditionsrecht ist. Aus juristischer Sicht ist das eine interessante Frage, aber die Frage nach dem Grund für den 2. Zusatzartikel und seiner heutigen Anwendbarkeit wird vollständig gemieden – zumindest von Seiten der Konservativen, die die leidenschaftlichsten Befürworter einer erweiterten Interpretation sind. Dies ist im Grunde genommen auch ein aufschlussreiches Beispiel dafür, wie die beiden schrecklichen »Ursünden«, Sklaverei und Genozid, selbst unter den gebildeten Klassen und dem liberalen Meinungsspektrum aus dem Bewusstsein verschwinden.

Feroz: Der Waffenwahn in den USA scheint ein großes Problem zu sein, das die gesamte Gesellschaft betrifft.

Chomsky: Die Ursprünge der fanatischen Waffenkultur werden unter anderem in einem jüngst erschienen, äußerst wichtigen Buch von Pamela Haag beschrieben. Haag macht deutlich, dass die Waffenkultur eine Kreation der Fabrikanten des

industriellen Zeitalters gewesen ist. Dies war einer der ersten Erfolge der PR-Industrie. Im späten 19. Jahrhundert machten sich Waffenhersteller Sorgen um ihre Verkaufszahlen. Es gab fast keinen heimischen Markt. Waffen wurden als Werkzeuge betrachtet, ähnlich wie Schaufeln oder Heugabeln. Daraufhin fand eine große Werbekampagne statt, die Kämpfer mit Waffen romantisch inszenierte. Da gab es dann plötzlich den einsamen Cowboy, der den Wilden Westen gewann, oder falsche Helden wie »Wild Bill Hickok« und all den dazugehörigen Krimskrams, der vielen Menschen bekannt ist. Man erschuf den Mythos, dass jeder Junge zu einem echten Mann wird, wenn er einen Colt-Revolver umherschwingt, während er ein Winchester-Gewehr unter dem Arm trägt. Auch Frauen wurde eingetrichtert, eine Waffe unter dem Kopfkissen haben zu müssen. Immerhin bestünde stets die Möglichkeit, dass die bewaffneten Männer des Hauses draußen gegen plündernde, barbarische Indianer und andere böartige Gestalten kämpfen. Zu all dem kam dann noch die Tabakindustrie, allen voran der Marlboro-Mann, hinzu. Andere folgten. Die Propagandakampagne war perfekt inszeniert – und sie funktionierte hervorragend. Bis heute gilt eine Waffe als ein geschätzter Gebrauchsgegenstand, und das Recht, eine Waffe in einem Café zu tragen, gilt als heilig und unantastbar. Es gilt als ein Recht, dass im 19. Jahrhundert von Farmern und Viehzüchtern während der Eroberung des Wilden Westens erstritten wurde. Das all dies mit sehr unschönen Mitteln geschah, wird ausgeblendet.

Feroz: Bezüglich der Sklaverei und des Rassismus stellen sich auch Fragen rund um die Situation von Afroamerikanern. Fand mit der Wahl Barack Obamas tatsächlich auch eine Veränderung statt und mit der Wahl Donald Trumps ein großer Rückschritt? Auch während der Ära Obamas hatten afroamerikanische Gemeinden mit großen Problemen zu kämpfen. Nie waren mehr Afroamerikaner in Gefängnissen eingesperrt als während Obamas Präsidentschaft. Ähnlich verhält es sich auch mit der Anzahl von afrikanischen Staaten, die in dieser Zeit von der US-Regierung bombardiert wurden. Geheime Kriege in Somalia und anderswo wurden ausgeweitet. Die amerikanischen Gründungsväter waren Rassisten und hielten Sklaven. Bestehen hier nicht einfach einige Grundprobleme mit der amerikanischen Geschichte und Gesellschaft, über die niemand sprechen will?

Chomsky: Die Veränderung, die mit Obama eintrat, war in erster Hinsicht

psychologisch. Für Afroamerikaner war es erfreulich, eine schwarze Familie im Weißen Haus, das von Sklaven erbaut wurde, zu sehen. In materieller und sozialpolitischer Hinsicht änderte sich allerdings nur wenig. Als die Rezession eintrat, traf es Afroamerikaner besonders hart. Sehr viele von ihnen verloren ihre Häuser, die für viele das Rückgrat ihres Wohlstands waren.

Das Programm des US-Kongresses zur Finanzkrise (TARP, Troubled Asset Relief Program) sah eine Rettungsaktion für jene Banken vor, die für das Desaster verantwortlich gewesen waren, *und* eine Unterstützung für jene Opfer, die ihre Häuser verloren hatten. Es ist nicht schwer zu erraten, welche Verpflichtung als wichtiger betrachtet und erfüllt wurde. Neil Barofsky, der beauftragte Generalinspektor für das TARP-Programm, äußerte sich sehr kritisch über die Obama-Administration und wie dank dieser große Banken reicher wurden als jemals zuvor, während wortwörtlich nichts für die Menschen, die alles verloren hatten, getan wurde.

Das Ergebnis war insbesondere für den afroamerikanischen Teil der Gesellschaft verheerend. Die durchschnittliche schwarze Familie hat in der Regel keine größeren Ersparnisse. Die langsam stattfindende wirtschaftliche Erholung, die 2009 unter Obama begann und nun unter Trump fortgesetzt wird, hat die Arbeitsmöglichkeiten für Schwarze tatsächlich verbessert. Dabei sollte allerdings beachtet werden, dass Profite in den Himmel schießen, während die Reallöhne weiterhin stagnieren. Laut eines Berichts des US-Arbeitsministeriums aus dem Juni 2018 sank von Mai 2017 bis Mai 2018 der reale Durchschnittsstundenlohn um 0,1 Prozent, jahreszeitlich angepasst. Der Rückgang der realen durchschnittlichen Stundenlöhne kombiniert mit einem Anstieg der durchschnittlichen Arbeitswoche um 0,6 Prozent führte in diesem Zeitraum zu einem Anstieg des realen durchschnittlichen Wochenlohns um 0,5 Prozent. Die ist der Alltag seit dem neoliberalen Großangriffs Reagans. Die Reallöhne für einfache Arbeiter auf dem Höhepunkt der viel gepriesenen Great Moderation waren 2007 niedriger als im Jahr 1979 – bevor die neoliberale Phase endgültig eingeläutet wurde. Und seitdem hat sich die Situation verschlechtert.

Ansonsten muss man natürlich feststellen, dass sich die Situation durch den starken Aktivismus der Bürgerrechtsbewegung seit den 1960er-Jahren verbessert hat. Dies hatte einen wichtigen zivilisierenden Effekt.

Feroz: Auch die Situation vieler Staaten in Südamerika ist bis heute sehr

problematisch. In Brasilien und anderen Staaten in der Region gibt es eine herrschende, weiße Klasse, die den Rest, also hauptsächlich Schwarze und Indigene, ausbeutet. Die Folgen des Kolonialismus europäischer Staaten und später des Imperialismus – vor allem während des Kalten Krieges – scheinen bis heute nachzuwirken. Welche Auswirkungen hat die US-amerikanische Außenpolitik auf die Lage in der Region?

Chomsky: Die US-Außenpolitik hat Südamerika gewiss in diese Richtung gelenkt, sprich, die Macht von weißen Eliten in diesen Ländern wurde verstärkt. Demnach wurde indirekt auch deren rassistische Politik, die sich gegen die unteren Klassen richtet, gefördert. Die grundlegende Ausrichtung der Politik ist nicht schwer zu verstehen. Zum Ende des Zweiten Weltkriegs wussten die Architekten der US-amerikanischen Politik, dass sie in einer Position waren, in der sie den Rest der Welt nach ihren Interessen formen konnten, und genau so haben sie auch gehandelt. Das allgemeine Ziel war – und das war nicht überraschend – eine Ausrichtung des internationalen Systems, das sich dem amerikanischen Wirtschaftssystem und deren politischer Kontrolle öffnet und sich davon aushöhlen lässt. Dies erkennt man auch ganz klar an geheimen Dokumenten, die später für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Ein Beispiel hierfür ist das PPS 23, was von George Kennan, einem führenden Staatsmann und Stabschef des State Departments, verfasst wurde. Kennan und seine Leute wiesen jeder Region der Welt eine Funktion in der US-dominierten Weltordnung zu. Die Rolle Südostasiens war etwa die Zulieferung von Rohstoffen an die ehemaligen Kolonialherren und an die Vereinigten Staaten. Kennan war der Meinung, dass die USA nur wenig Interesse an Afrika hätten, weshalb er den Kontinent den Europäern überließ. Diesbezüglich sprach er ganz klar von einer Ausbeutung, die seitens der Europäer in Afrika erfolgte, um den Wiederaufbau auf dem alten Kontinent in Gang zu bringen.

Südamerikas Rolle in dieser neuen Weltordnung war der Verkauf seiner Rohstoffe an die USA sowie die Absorbierung überschüssigen US-Kapitals. Der für die CIA tätige Historiker Gerald Haines zelebrierte die »Amerikanisierung Brasiliens« und erklärte, dass Washingtons Ziel »die Eliminierung jedweden ausländischen Wettbewerbs« in Südamerika gewesen sei, um dadurch die Region als wichtigen Markt für überschüssige US-Produktion und private Investitionen aufrechtzuerhalten. Ziel war in diesem Kontext natürlich auch die Ausbeutung

der riesigen Rohstoffressourcen und der Kampf gegen den internationalen Kommunismus. Die Geheimdienste fanden keine Anhaltspunkte, dass der Kommunismus versuchte, nach Südamerika zu gelangen. Doch wir sollten uns dabei stets vor Augen halten, dass das stillschweigende Verständnis von »Kommunismus« alles betraf, was die Armen dazu verleiten könnte, »die Reichen auszuplündern«, wie die Administration von Präsident Eisenhower, allen voran sein Minister John Foster Dulles, regelmäßig beschwor.

Es war demnach alles andere als überraschend, dass die Südamerikaner andere Ziele hatten. Sie hatten sich einer Sache verschrieben, die die US-Regierung als eine »Philosophie von neuen Nationalismen, die eine weitere Verteilung von Wohlstand und einen erhöhten Lebensstandard der Massen anstreben«, beschrieb. Einer weiteren Einschätzung des State Departments zufolge war der wirtschaftliche Nationalismus der gemeinsame Nenner für die neuen Bestrebungen der Industrialisierung. Die Südamerikaner waren davon überzeugt, dass jene, die von wirtschaftlichen Entwicklungen eines Landes profitieren sollten, in erster Linie die Bürger sein sollten. Die USA hatten gänzlich andere Ziele. Bereits im Februar 1945 wurde gesetzlich beschlossen, dass dieser wirtschaftliche Nationalismus »in all seinen Formen« ein Ende finden müsse. Die Nachricht war klar: Von den Ressourcen eines Staates sollten vor allem die US-Investoren und deren lokale Klienten profitieren, nicht die Bürger des betreffenden Landes.

In Brasilien sind diese lokalen Klienten jene weißen Eliten aus der Oberschicht, die nun mit voller Wut und Entschlossenheit gegen die Politik des »Untermenschen« Lula da Silva, der sich für die Arbeiterklasse einsetzte, vorgehen. Da Silva könne nicht einmal anständiges Portugiesisch sprechen und verschwende Ressourcen zugunsten der Armen – so zumindest die Auffassung ebenjener Herrschaften.

Feroz: Momentan erleben wir, dass die amerikanische Kriegsmaschinerie alle ihre Ressourcen darauf verwendet, um noch mehr Krieg und Chaos zu stiften. Ist dies eine spezielle Charakteristik der Trump-Regierung oder das allgemeine Merkmal eines strauchelnden Imperiums?

Chomsky: Die USA investieren so viel in ihr Militär wie alle sieben Mächte zusammen, die in der Liste hinter ihnen stehen. Trumps Erhöhung des Militärbudgets beträgt ungefähr 80 Prozent des Gesamtbudgets des russischen